

Parteigenossen

Im Kampf um soziale Rechte und demokratische Freiheiten

Nachdem ich Berlin verlassen habe, drängt der Abschied zu sagen.

Die Polizei hat mich auf Befehl ausgewiesen.

Ich bin ausgewiesen, weil ich die Tätigkeit des Sozialismus aufgedeckt habe und ich mußte dem Ausnahmegesetz zum Opfer fallen, weil man Parteimitglieder, die ehrliche durchdringende Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes fordern und welche die Scheinreform der Regierung unerbittlich bekämpfen, die Halblosigkeit derselben nachweisen, in Berlin nicht duldet.

Man zwingt mich nicht gelingen, mich die gehässigsten Verleumdungen beeinflussen.

Parteigenossen! Befreiung der Menschheit zu sehen so rechte ergeben bleibt und heilige Sache zu fordern

Laßt Euch Provokationen, Gegnern gefällig Stets das auch für uns



verlassen. Es ist es ist trotz der meine Wähler zu dem, mich für die dem Koch kampfes er Jahre frei und am es gilt unsere

SPD und das Gesetz gegen die Sozialdemokratie

Die rasche Industrialisierung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts läßt eine neue Bevölkerungsgruppe entstehen: die Arbeiter. Rechtlos und arm beginnen



sie sich zu organisieren, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und politische Rechte für sich durchzusetzen. Bild (oben): Arbeitshalle der Krupp-Gießerei in Essen, wo 1864 bereits 8000 Arbeiter beschäftigt sind.



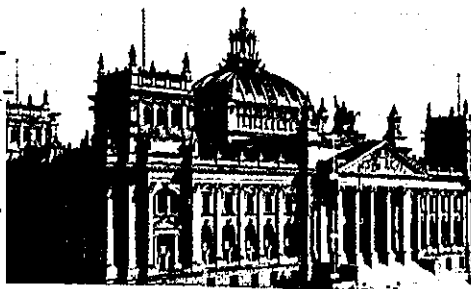
Selbst Kinder unter 14 Jahren arbeiten bis zu 15 Stunden am Tag. Bild: Kinderarbeit unter Tage.

Die Städte quellen über. Die Handwerker sind der Konkurrenz der billigen Industrieprodukte nicht mehr gewachsen und strömen in die Städte, um dort als Arbeiter Verdienstmöglichkeiten zu finden. In den Wohnquartieren der Arbeiter herrscht tiefes Elend.



Dem kaiserlich-wilhelminischen Deutschland mit seinen konservativen Gesellschaftsgruppen war jedes Mittel recht, der neuen Klasse der Arbeiter staatsbürgerliche Gleichberechtigung und gesellschaftliche Anerkennung vorzuenthalten.

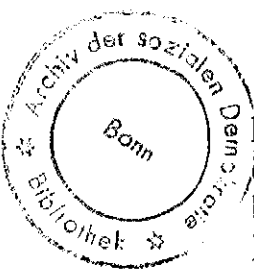
1877: Im Reichstag sind die Konservativen in der Mehrheit, die Sozialdemokraten haben 12 Sitze.



1875 vereinigten sich die beiden Arbeiterparteien in Deutschland zu einer gemeinsamen und starken Interessenvertretung, der Sozialdemokratischen Partei. Trotz vieler Schikanen von den Behörden und des Verbots der Partei in Preussen stiegen die Mitgliederzahlen ständig an. Auch im Reichstag waren 1877 schon 12 sozialdemokratische Abgeordnete. Politische Ziele: Soziale Rechte, Mitwirkung am Staat und demokratische Freiheiten für die Arbeiter.

Dagegen stand der kaiserliche Obrigkeitsstaat, getragen von konservativen Gruppen. Diese verteidigten ihre angestammten Privilegien gegen die Forderungen der Arbeiter. Mit allen Mitteln versuchten sie, die Organisation der Arbeiter klein zu halten. Damals begann der bis heute anhaltende Kampf des konservativ-autoritären Lagers gegen Liberale und Sozialdemokraten.

1863 gründet Ferdinand Lassalle den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“; 1869 gründen August Bebel und Wilhelm Liebknecht die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. 1875 vereinigen sich die beiden Parteien in Gotha zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Das Gedenkblatt zu diesem Einigungsparteitag zeigt die führenden Vertreter der Arbeiterbewegung.



Reichs-Gesetzblatt.

Kaiser Wilhelm I. vor einer Spazierfahrt in Berlin.



1878 werden kurz hintereinander zwei Attentate auf den Kaiser verübt. Sie werden den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben. Bismarck sieht eine Chance, diejenigen mit Mord und Terror in Verbindung zu bringen, die für eine sozial gerechtere Gesellschaft, für mehr Chancengleichheit aller und für mehr Menschlichkeit kämpfen. Jetzt soll mit der Partei abgerechnet werden, die die angeblich „gottgewollte Ordnung“ in Frage stellt. Unter dem Vorwand nationaler Unzuverlässigkeit und angeblicher Freiheitsfeindlichkeit wird das Verbot der Partei vorbereitet.



Die konservative „Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung“ deutet nach dem Attentat durch Nobiling (links) eine sozialdemokratische



Verschwörung an. Der „Vorwärts“ fordert zur Besonnenheit auf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschl.

Nr. 74.

Mittwoch, 26. Juni.

Parteiengenossen! Laßt Euch nicht provozieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Kratwalle, um das Spiel zu gewinnen.

Den Verleumdern!

Raum hatte der Vaterkampf und Nobiling's Schrotbüchse sich zerstreut, so bilde der Telegraph durch die Welt: Nobiling ist Sozialdemokrat! Und 8 Tage lang folgten Schlag auf Schlag Sensationsnachrichten, die sämtlich den einen Zweck hatten: die Zusammenhangslosigkeit Nobiling's mit der Sozialdemokratie zu beweisen.

Die Verleumdungen sind bekannt. Eine furchtbare Aufregung bewirkte sich aller Volksklassen, einer großen Partei wurde das Brandmal des Mordverbrechens auf die Stirn gedrückt, ein förmliches Schandensignum mit Unschuld proklamiert, die höchsten Ehrenkassen einkassiert, Preussland an den Rand der Bürgerkriegs gebracht.

Wohlan: seit 1864 hat Deutschland drei Kriege gehabt, der Zweck des deutsch-russischen Krieges nicht zu erwähnen, an dem wir allerdings nicht mittelbar beteiligt waren, dessen beispiellose Wüsteneien uns aber vorgeführt worden sind, als ob sie in unserem eigenen Land vorgenommen wären? Was hat diese Reize verursacht? Gewiß die Sozialdemokratie? Nicht einmal Herr Professor Liebermann wird es behaupten. Wir sagen nicht, wer es war. Genug, wer diese Kriege verursacht hat, ist Ihnen ungeschützt hat, der nehme den Nobiling auf die Schultern.

Am Jahre 1867 wurde in Deutschland ein König von Gottes Gnaden (samt zwei anderen Gehilfen des Herrn aus dem Lande) gesandt, der deutsche Bund, das heißt die Verfassung Deutschlands, in Tümmel geschlagen, der Hoch- und Landesverrat zur Royalität, die Royalität zum Hoch- und Landesverrat gestempelt, dem Autoritätsglauben einen wohlhabend verminderten Schlag verleiht. Von Sozialdemokraten? Niemand wird es zu behaupten wagen. Wir sagen nicht von wem. Genug, wer es getan, und wer applaudiert hat, der nehme den No-

bles innerhalb 8 Tagen die Elemente bekannt gemacht, die menschenverachtend oder bei uns nicht beliebt sind, und die in diesen Jahren, falls dieselben in die Geschichte der Sozialdemokratie eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Anwendung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetz Nr. 125 ff.) Anwendung.

Nr. 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Anwendung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetz Nr. 125 ff.) Anwendung.

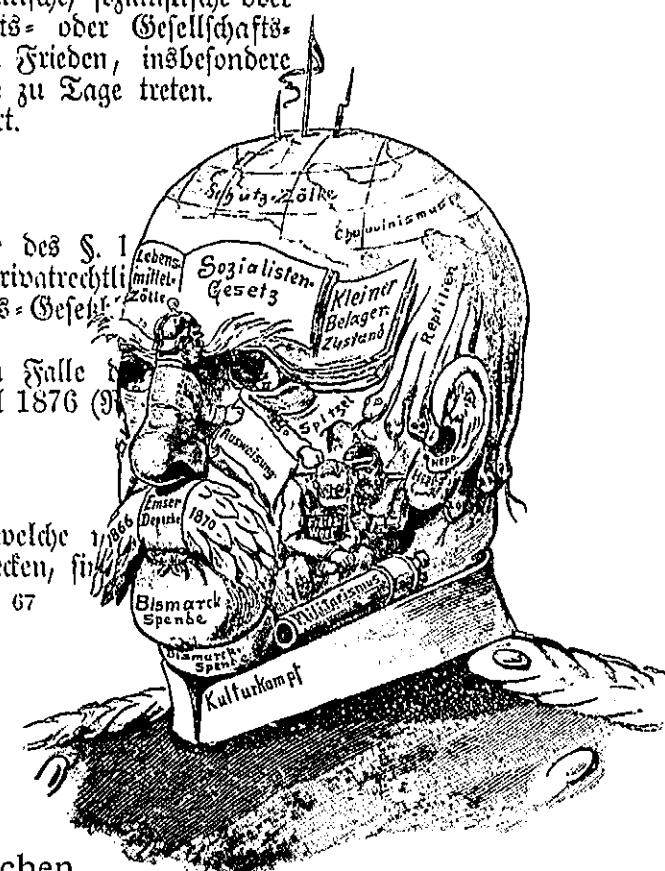
Auf eingeschriebene Hilfskassen findet im gleichen Falle das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. 1876, S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3.

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind zu verbieten. Reichs-Gesetzbl. 1878, S. 67.

Ausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.

Am 21. Oktober tritt das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft. Verkündigung im Reichsgesetzblatt (oben) und Bismarck-Karikatur (rechts).



Die Sozialdemokratie resigniert nicht, sondern sie wehrt sich. Allerdings anders als die deutsche Reaktion hofft: nicht durch Gewalt oder Terror. Schon damals wissen Sozialdemokraten: Terror nützt der Reaktion.

Die Partei geht neue Wege. Sie trifft sich z.B. in Gesangs- und Geselligkeitsvereinen. So wird eine umfassende und weitgefächerte Organisation aufgebaut. Ein dichtes Informationsnetz wird geknüpft.



Hausdurchsuchung durch die Polizei in Berlin.



Überall werden Sozialdemokraten und ihre Freunde verfolgt, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung, viele werden zur Auswanderung gezwungen. Insgesamt gibt es über 900 Ausweisungen aus Gebieten, wo der Belagerungszustand gilt. 1500 Personen werden zu rund 1000 Jahren Gefängnis verurteilt. Bild (oben) zeigt Auswanderer in Hamburg kurz vor der Verschiffung.

Allen meinen Freunden und Bekannten bei meiner Abreise nach New-York ein herzliches Lebewohl! Carl Fleischer und Familie aus Klein-Bischdors b. Leipzig.

Abschieds-Anzeige.
Bei unserer Abreise nach Amerika sagen allen Verwandten und Bekannten ein herzliches Lebewohl.
Robert Hoppe, Wilhelm Schelle.

Allen Freunden und Bekannten bei unserer Abreise nach Amerika ein herzliches Lebewohl.
Max Mohrbach, Witt. Fickert, Witt. Sprenger.

Abschieds-anzeigen von Amerika-Auswanderern.



Sozialdemokratische Vereine und Zeitungen werden ebenso verboten wie die Gewerkschaften. Die mühsam aufgebaute Parteiorganisation wird zerstört, denn auch Versammlungen sind nicht erlaubt. Mehr als 1300 Druckschriften werden verboten, 322 Organisationen aufgelöst. Das Bild zeigt die Auflösung einer Sitzung mit Wilhelm Liebknecht durch die Polizei.



Die „Liedertafel Eintracht“ in Neumünster als Tarnung für Sozialdemokraten (oben).



Diese Karikatur zeigt Selbstbewußtsein.

Warnung.
Ein Anderer und Peilker vom zweiten Dufend.
Dem Schlichter Karl Hermann (alias Anger) aus Magdeburg, haben wir in Nr. 5 h. H. auf Seite 3 unter der Spaltenüberschrift: „Bismarck vom politischen Drogen“ (siehe Seite 3) die Mitteilung: „Mit Stellung der (homonymen) Gatt.“ über die seine Willigen „mit Gott für König und Vaterland“ im höchsten Maße und gewaltigsten Gedenken überwiegen.“

„Der Herrmann“ (Herrlich und sehr unser Gemütsmann — jedigig noch der weltlichen Überhöhung an die und Ehre, aber mit keinem kleinen Schellen, der uns die Weg gelist, um schließlich zu guter Stunde nach die Fremde und Genuß in Deutschland als einmütig zu stehen zu können...“

„Die vorerwähnten Abenteurer des seltsamen „Nachhelfer“ sind der abföhrliche Gewerbe behör, daß die Herren
W. Hübner, Buchdruckermeister,
Hauptstr. 8, Berlin N.,
und
H. Hg. Zimmerer,
Kottbusdamm Nr. 12, Berlin S.,
im Dienste der Westlichen Weltzeit hüten.
„Wannem Sie Obere Westliche Genossen: las Weltzeit nur für Sie.“ —

Die offene Markte.
Obden wir diese Warnung hiermit zum Abdruck bringen, besorgen wir uns, daß die miltgeschulten Zuhörer jeden Zweifel darüber ausschließen, daß die Genannten die Westliche Weltzeit-Genossen sind.

Genossen und Genossen

Warnung vor Polizeispitzeln und Provokateuren.



11 Milliarden Mark wurden in der deutschen Arbeiterversicherung-Sozialfürsorge in der Zeit von 1885 bis 1913 aufgewendet.

Bismarck versucht, die Arbeiter mit „Sozialgesetzen“ zu ködern: Durch materielle Zugeständnisse will er sie von politischer Betätigung und sozialen Forderungen fernhalten. Aber der Versuch mißlingt. Sozialdemokratie und Gewerkschaften werden immer stärker. Bild: aus einem späteren Werbeplakat der Regierung.

Der autoritäre Obrigkeitsstaat und das antidemokratische Lager in Politik, Publizistik und Wirtschaft setzten ihre Machtmittel gegen alle ein, die sich zur Sozialdemokratie bekannten. „Mit einem Federzug vernichtete die Polizei, was durch viele Jahre unter großen Mühen und Opfern aufgebaut worden war“, schrieb Bebel. In Berlin und Umgebung und in anderen Städten wurde der Kleine Belagerungszustand verhängt: Sozialdemokraten und ihre Freunde und Sympathisanten konnten ausgewiesen werden. Das hatte katastrophale Folgen für viele Familien, deren Versorger um Lohn und Brot gebracht wurden. Wer sich offen zur Sozialdemokratie bekannte, fand kaum noch Arbeit. Viele mußten außer Landes gehen oder wanderten nach Amerika aus.

Die Verfolger der SPD spürten bald, daß es nicht reichte, nur die Peitsche zu schwingen. Deshalb entschlossen sie sich, den Arbeitern auch ein Zuckerbrot zuzuwerfen, um ihre Solidarität mit der Partei der Arbeiterbewegung zu unterlaufen. Die sogenannte „Sozialgesetzgebung“ sollte Arbeiterschaft und SPD spalten: 1883 wurde das Krankenversicherungsgesetz verabschiedet, 1884 die gesetzliche Unfallversicherung und 1889 die Rentenversicherung. Bismarck wollte durch das „Anti-Sozialistengesetz“ die Partei ausschalten und zugleich ihre Anhängerschaft durch die „Sozialgesetze“ für sich gewinnen. Aber die Arbeiter ließen sich nicht ködern. Denn ihre politische Machtlosigkeit blieb bestehen. Sie wollten in Eigenverantwortlichkeit über ihre soziale Versorgung mitbestimmen. Selbstorganisation wie bei den gewerkschaftlichen Hilfskassen gab es bei Bismarcks Gesetzen aber nicht. Obwohl die Arbeiter den allergrößten Teil der Versicherungsbeiträge selber aufbringen mußten. Die „Sozialgesetze“ waren für die Arbeiter nicht mehr als ein Gnadensbrot. Bismarck selbst hatte sie als „Weiterentwicklung der Armenpflege“ bezeichnet.

Von Zürich aus wird das neue Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“ nach Deutschland hineingeschmuggelt. Es ist das wichtigste Bindeglied zwischen Parteiführung und Mitgliedern. Die Auflage steigt ständig.

Trotz schwierigster Bedingungen unter dem Ausnahmegesetz resignierten die Sozialdemokraten nicht. Früher oder später mußte das Gesetz fallen. Bis dahin hieß es, den Zusammenhalt zu wahren, ihn zu festigen und alles zu tun, um im richtigen Augenblick wieder voll einsatzbereit zu sein.

Der Widerstandswille war erwacht: Ein Hilfsprogramm für die Ausgewiesenen, Geldsammlungen für die zurückgebliebenen Familien und eine Arbeitsvermittlung wurden organisiert. Selbst einige Reichstagsabgeordnete, die dem Gesetz zugestimmt hatten, spendeten jetzt für die verfolgte Partei! Die Stimmung in Deutschland begann umzuschlagen: Stärke und Solidarität breiteten sich unter den Verfolgten aus. Mut und Phantasie halfen, die Sozialdemokratie trotz Unterdrückung stärker zu machen.

Die Parteimitglieder versammelten sich unter dem Deckmantel von Gesangs-, Geselligkeits- oder Rauchvereinen, als Sport- oder Kegelclubs. Es gelang, eine umfassende und weit verzweigte Tarnorganisation aufzubauen und ein dichtes Informationsnetz zu knüpfen.

Dem Weg der Gewalt wurde eine klare Absage erteilt. Oberste Richtschnur wurde das Motto der ersten 67 Ausgewiesenen aus Berlin, das sie ihren zurückbleibenden Genossen hinterließen: „An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen!“ Das war auch die klare Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.

Bismarck hatte das Wahlrecht nicht antasten können und die Sozialdemokraten konnten sich trotz Ausnahmegesetz an den Wahlen beteiligen und als Abgeordnete gewählt werden. Sie taten das trotz aller Behinderungen durch Polizei und Gerichte und ohne eigene Organisation. Deutlicher konnte ihr Bekenntnis zum Parlamentarismus nicht sein.

Und allen Drangsalierungen zum Trotz wurden die Partei und die mit ihr verbundenen gewerkschaftlichen Organisationen stärker und selbstbewußter. Die Festigung der Partei zeigten die Reichstagswahlen: Der Stimmenanteil wuchs von 6,1 Prozent im Jahr 1881 auf 19,7 Prozent im Jahr 1890.

Das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag bietet den Sozialdemokraten auch unter dem Ausnahmegesetz eine Möglichkeit, an den Wahlen teilzunehmen – allerdings ohne legale Organisation. Trotz Schikanen und Behinderungen steigt der Anteil der Stimmen für Sozialdemokraten. Bild: Sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag der 80er Jahre, (von links nach rechts): Dietz, Kühn, Liebknecht, Grillenberg, Singer, sitzend: Schumacher, Harm, Bebel, Meister, Frohme.



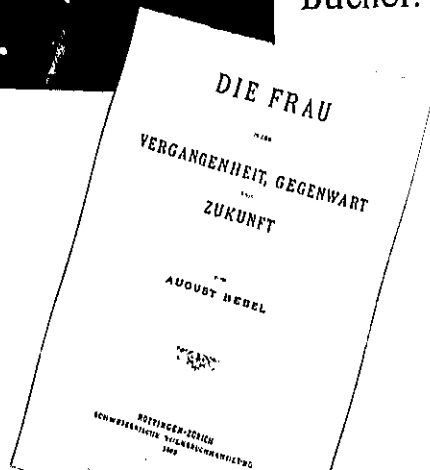
Wilhelm Liebknecht

August Bebel



Verboten, aber weit verbreitet wie viele andere Bücher.

Die beiden prominentesten Führer der Partei und Kämpfer für sozialdemokratische Ziele während der 12 Jahre des Verbots. Bebels Grundsatz „im Kampf für Freiheit suche stets dein Recht“ ist Richtschnur des Handelns. (rechts): Erstauflage des berühmten Buches von Bebel „Die Frau“, das später unter dem Titel „Die Frau und der Sozialismus“ weltberühmt wird.

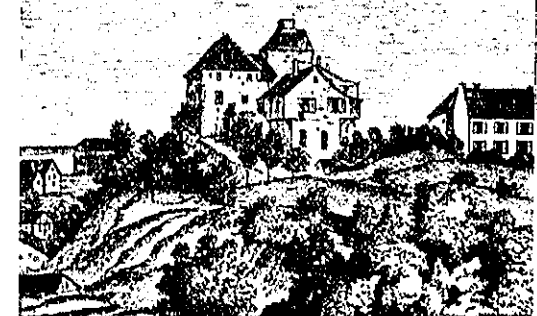


Zeitungen und Flugblätter werden durch eine gut funktionierende Organisation, die sogenannte „Rote Feldpost“, hinter dem Rücken der Polizei nach Deutschland geschmuggelt. Zum Schutz der Mitglieder werden auch Geheimschriften entwickelt.

**Feuilleton.
Geheimschriften.**
(Fortsetzung.)
Chiffrierung und Dechiffrierung werden durch folgende Chiffertafel bewerkstelligt:

Sprach-Linie.

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z
a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z
1	2	3	4	5	6	7	8	9	0	.	,	!	?	;	:	~	^	&	%	@	#	\$	%	&	'
Wahl-Linie.																									



Die illegalen Parteitage im Ausland sind wichtige Verbindungspunkte zur internationalen Arbeiterbewegung. Hier werden Taktik und Ziele diskutiert. Zeichnung von Kautsky: Burg Wyden, wo der erste illegale Parteitag stattfindet.

Nach 12 langen Jahren fällt das Gesetz.

Abschied vom Sozialistengesetz.

1. Oktober 1890.



Der mit Ausdauer und Solidarität geführte Kampf hat die Sozialdemokratie trotz aller Verfolgungen stärker werden lassen als sie es vorher war. Selbstbewußt geht sie in die Zukunft. In der Wahl 1890 wird sie stärkste Partei mit über 1,3 Millionen Wählern.



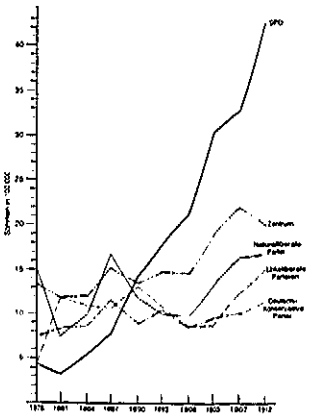
„Wenn der Himmel so weiterwächst, werde ich ihm bald gar nicht mehr in die Tasche greifen können!“

Die neue Situation: eine starke Arbeiterbewegung.

Der Sozialdemokrat
Organ der Sozialdemokratie deutscher Sprache.

20 Mandate im ersten Wahlgang, 17 in der Stichwahl.
1,311,587 sozialdemokratische Wähler — 507,405 Zuzwänge

Der erste Akt.



Die Statistik (oben) zeigt das stetige Anwachsen der SPD-Wählerschaft. Der Wahlsieg von 1890 wird gefeiert (links).

Die Dresdner ziehen zur Kundgebung am 1. Mai, um den „Tag der Arbeit“ zu fordern, der damals noch kein Feiertag war.



Nicht nur in Deutschland wird die Arbeiterbewegung immer stärker.



Unter der Losung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ findet 1899 der Gründungskongreß der II. Internationale in Paris statt. Der Kongreß fordert auf, in allen Ländern Arbeiterparteien zu schaffen und gemeinsam den Kampf um mehr soziale Rechte zu führen. Nahziel ist der Achtstundentag. In Gedenken an die Streiks in Chicago von 1886 soll am 1. Mai 1890 für die internationale Solidarität demonstriert werden. Der „Tag der Arbeit“ ist geboren.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information.
Gestaltung: Habermann, Schneider, Frankfurt.
Bonn 1978.
Druck: Druckhaus Deutz, Köln.
8-78-AI-100
Quellen:
Archiv der sozialen Demokratie. (AdsD), Bonn.
Hundert Jahre Sozialdemokratie. Dietz, Hannover 1963.
Scherer, P.: Der Kampf gegen das Sozialistengesetz.
IG Metall - Arbeitsheft 512. Frankfurt 1978.
Unser Jahrhundert im Bild. Bertelsmann, Gütersloh 1974.
Deutschland. Desch, München 1973.

Am 25. Januar 1890 lehnte die Mehrheit des Reichstages eine verschärfte Fassung des Ausnahmegesetzes ab. Überall im Land versammelten sich Sozialdemokraten zu spontanen Freudenfeiern. Sie warteten das Auslaufen des alten Gesetzes im Oktober gar nicht erst ab. Das Gesetz gegen die Sozialdemokratie war tot.

Trotz der Verfolgung und Diffamierungen, trotz Geheimbundprozessen und Aussperrungen hatten die Sozialdemokraten in den Jahren unter dem Ausnahmegesetz immer mehr Zulauf bekommen: 1881 errangen sie

bei den Reichstagswahlen rund 300 000 Stimmen. Drei Jahre später waren es schon 550 000 Stimmen. 1887 waren es 765 000 und 1890, in der ersten Wahl nach dem Fall des Gesetzes, sprachen über 1,4 Millionen Wähler der SPD ihr Vertrauen aus. Die SPD war also trotz Unterdrückung und öffentlicher Diffamierung immer stärker geworden. Bitteres Leid war nicht umsonst: Stehvermögen und Einfallsreichtum, Mut und Selbstlosigkeit hatten sich ausgezahlt. Dem Bündnis von Thron und Altar, von Großindustrie und Großgrundbesitz, Offiziersadel und Bildungsbürgertum, dem ganzen antidemokratischen Lager also hatte man erfolgreich getrotzt. Die Sozialdemokratische Partei hatte standgehalten. Sie hatte sich nicht einschüchtern lassen und nun den politischen Lohn erhalten. Sie hatte nichts zurückgenommen von dem, was sie als richtig erkannt hatte: „Im Kampf für Freiheit suche stets dein Recht“ (August Bebel). Das war der Beginn des Aufstiegs der Sozialdemokratischen Partei zur größten deutschen Partei.

Kleine Chronik der Ereignisse 1878–1890

- 1878 – 11. Mai u. 2. Juni: Attentate auf Kaiser Wilhelm I.
– 19. Oktober: „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ im Reichstag verabschiedet, 21. Oktober rechtskräftig.
– 28. November: Kleiner Belagerungszustand über Berlin und angrenzende Gebiete.
- 1879 – 28. September: Erste Probenummer des illegalen Parteiorgans „Der Sozialdemokrat“.
– 21. Oktober: Zwischenbilanz nach einem Jahr Ausnahmegesetz: Verboten bis dahin: 244 Vereine, 184 periodische, 307 nichtperiodische Zeitungen und Zeitschriften.
- 1880 – 4. Mai: Verlängerung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie um vier Jahre.
– 27. April: Hamburg als erster Wahlkreis unter dem Gesetz gegen die Sozialdemokratie bei einer Nachwahl erobert.
– 20./23. August: Erster illegaler Parteikongreß in Wyden bei Zürich.
- 1881 – 27. Juni: Kleiner Belagerungszustand über Leipzig.
– 27. Oktober: Bei Reichstagswahl 12 Sitze für Sozialdemokraten.
– 22. November: Verlängerung des Kleinen Belagerungszustandes über Berlin um ein Jahr.
- 1882 – 15. März: Reichsgerichtsentscheid: Verteilung sozialdemokratischer Wahlzettel ist strafbar.
– 13. August: Ausweisung zahlreicher Sozialdemokraten aus Berlin.
- 1883 – 29. März bis 2. April: Zweiter illegaler Parteikongreß in Kopenhagen.
– 22. Mai: Annahme des Gesetzentwurfs über die Krankenversicherung der Arbeiter im Reichstag gegen Stimmen der Sozialdemokraten und Linksliberalen.
– Oktober/November: Verlängerung des Kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Berlin um ein Jahr.
- 1884 – 12. Mai: Verlängerung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie um zwei Jahre.
– 28. Oktober: Bei Reichstagswahlen 24 Mandate für Sozialdemokraten.
- 1886 – 31. März: Verlängerung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie um zwei Jahre.
– 26. Juli bis 4. August: Erster „Geheimbundprozeß“ gegen Sozialdemokraten wegen Teilnahme an Parteikongressen in Wyden und Kopenhagen. (Verurteilungen von u.a.: I. Auer, A. Bebel, K. Frohme, C. Ulrich, L. Viereck, G. v. Vollmar.)
- 1887 – 15. Februar: Kleiner Belagerungszustand über Stettin mit Grabow, Altdamm und umliegende Amtsbezirke.
– 21. Februar: Vergrößerung des Stimmenanteils für Sozialdemokraten bei Reichstagswahlen.
– 2./6. Oktober: Illegaler Parteikongreß der Sozialdemokraten in St. Gallen.
- 1888 – 17. Februar: Verlängerung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie um zwei Jahre.
- 1889 – 3. Mai: Beginn des größten deutschen Streiks des 19. Jahrhunderts im Ruhrgebiet (Bergarbeiterstreik).
– 14./20. Juli: Internationaler Arbeiterkongreß in Paris, Gründungskongreß der II. Internationale.
- 1890 – 25. Januar: Keine Verlängerung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie.
– 20. Februar: Sozialdemokratie stimmenstärkste Partei bei den Reichstagswahlen (1,4 Millionen Stimmen, fast 20%).
– 20. März: Bismarck als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident entlassen.
– 1. Oktober: Erster Tag ohne „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“.

Die SPD hat immer
für mehr Freiheit
des arbeitenden Menschen gekämpft.

Zwölf Jahre dauerten Verfolgung und Unterdrückung durch das Gesetz gegen die Sozialdemokratie. Aber Verfolgung und Unterdrückung, Verleumdungen und Verdächtigungen hörten danach nicht auf. Die Methoden erzkonservativer und rückwärtsgewandter Kräfte haben sich kaum geändert:

Zur Verteidigung überkommener Privilegien gegenüber dem Anspruch von demokratischer Mitverantwortung und sozialer Gerechtigkeit greifen sie noch heute zu den alten Waffen: Diskriminierung und Verteufelung des politischen Gegners. Heutiges Beispiel: Kampfpapare „Freiheit oder/statt Sozialismus“.

Dagegen steht die stolze Tradition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Niemals hat sich die SPD hergegeben für Unterdrückung und Unterjochung. Niemals hat sie Krieg und Knechtschaft über das deutsche Volk gebracht. Freiheit und Gleichheit und friedlicher Ausgleich mit den Nachbarn standen immer auf ihren Fahnen. Die SPD ist sich treu geblieben, selbst in den dunkelsten Augenblicken der Geschichte. Darin liegt auch heute die moralische Begründung für ihren Anspruch, innere Freiheit und äußeren Frieden für unser Volk sichern und ausbauen zu können.

Es gilt, Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft zu verankern.

Es geht um die Verwirklichung der sozialen Demokratie.

Dafür steht die SPD als die große soziale Freiheitspartei Deutschlands.

